

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
Dr.Karl Renner-Ring 3  
1010 W i e n

*L. Czerning*

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	45 GE 286
Datum:	7. OKT. 1986
Verteilt	10. OKT. 1986 <i>Rosen</i>

Wien, am 6.Oktober 1986

Betrifft: Stellungnahme der Hochschule für angewandte Kunst in Wien  
zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Dienstrecht  
der Hochschullehrer im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 ge-  
regelt wird

In der Beilage übermittelt die Hochschule für angewandte Kunst in  
Wien die erbetene Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes,  
mit dem das Dienstrecht der Hochschullehrer im Beamten-Dienst-  
rechtsgesetz 1979 geregelt wird (BKA GZ 920.531/8-11/A/6/86 vom  
19.6.1986).

Der Rektor :

*[Handwritten signature]*

o.Prof. Oswald Oberhuber



Beilagen

Stellungnahme der  
Hochschule für angewandte Kunst in Wien

zum  
Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem  
das Dienstrecht der Hochschullehrer  
im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 geregelt wird  
(BKA GZ 920.531/8-11/A/6/86 vom 19.6.1986)

Beschluß des Gesamtkollegiums  
der Hochschule für angewandte Kunst in Wien  
vom 1. Oktober 1986

- 1 -

Die Hochschule für angewandte Kunst in Wien gibt zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Dienstrecht der Hochschullehrer im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 geregelt wird, nachfolgende Stellungnahme ab. Die Stellungnahme gliedert sich in zwei Teile, nämlich

- I. grundsätzliche Erwägungen zum vorgelegten Entwurf
- II. Bemerkungen zu einzelnen Paragraphen des Entwurfes.

#### I. GRUNDSÄTZLICHE ERWÄGUNGEN ZUM ENTWURF

- 1. Fehlen eines eigenen Dienstrechtes für die bediensteten Angehörigen der Universitäten und künstlerischen Hochschulen.

Die Hochschule für angewandte Kunst in Wien fordert ein eigenes Dienstrecht für die bediensteten Angehörigen der Universitäten und künstlerischen Hochschulen. Diese Angehörigen sind nicht nur Lehrer, sondern auch Künstler und Forscher. Sie haben Aufgaben zu erfüllen, die mit den im Beamten-Dienstrechtsgesetz geregelten Verwaltungszweigen nicht verglichen werden können. Dies bedeutet, daß eine Gleichschaltung durch Integration ins Beamten-Dienstrecht für die Hochschule zu einer aufgabeninadäquaten, sachlich nicht gerechtfertigten Arbeitssituation führen würde. Es ist kein Grund einzusehen, daß die Schaffung eines eigenen Dienstrechtes verunmöglicht würde, existiert doch bereits ein solches für Richter und dienstrechtsähnlich für Organwalter oberster Organe. Die vorgeschlagene Integrierung ins Beamten-Dienstrecht könnte dahingehend interpretiert werden, daß nunmehr auch die Hochschullehrer aus ihrer Verantwortung gegenüber der in der Verfassung garantierten Rechte der Freiheit von Kunst und Wissenschaft entlassen werden sollten und dem üblichen Beamtenschema mit seinen Abhängigkeiten angeglichen werden sollten.

2. Notwendigkeit der Regelung aller Planstellenkategorien in einem Hochschullehrer-Dienstrecht.

Im Gegensatz zum vorliegenden Entwurf ist notwendig, daß alle Planstellenkategorien des künstlerischen und wissenschaftlichen Dienstes innerhalb einer Dienstrechtsreform geregelt sein müssen. Unabhängig davon, wer nach den Organisationsvorschriften vom Begriff "Hochschullehrer" erfaßt ist, muß ein Hochschullehrer-Dienstrecht auch Regelungen betreffend die Bundeslehrer an Universitäten und künstlerischen Hochschulen, die Beamten des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten und künstlerischen Hochschulen und die in einem vertraglichen Dienstverhältnis stehenden Hochschullehrer beinhalten. Bundes- und Vertragslehrer haben Aufgaben im Rahmen einer durch den Dienstvertrag nach Art und Umfang genau umschriebenen bzw. auf bestimmte Lehrveranstaltungen bezogene Lehrbefugnis zu erfüllen. Da beispielsweise an der Hochschule für angewandte Kunst in Wien für das Studienjahr 1986/87 22 Dienstposten für Bundeslehrer L1 zur Verfügung stehen, welche Zahl knapp an jene der an der Hochschule tätigen Ordinarien heranreicht, ist nicht einzusehen, daß diese wichtige Sturktureinheit innerhalb eines neuzuregelnden Dienstrechtes außer acht gelassen wird.

3. Autonomiefeindlichkeit.

Es zählt mit zu den Vorzügen des KHOG, daß es bei aller notwendigen Mitwirkung des BMWF jene Freiräume der autonomen Selbstgestaltung schuf, die unabdingbar für die Erfüllung von Lehre und Forschung gerade auf dem sensiblen Sektor der Kunst sind. Als Beispiel kann das Verfahren zur Feststellung der Qualifikation eines Assistenten angesprochen werden, bei dem im wesentlichen das zuständige Kollegialorgan die Entscheidung zu tragen und zu begründen hatte, wovon in den letzten 16 Jahren nicht in einem einzigen Fall seitens des Ministeriums abgegangen wurde. Die Autonomie der zuständigen Kollegialorgane, deren einziger Parameter bislang eine qualitative Bemessung war, wird im neuen Entwurf auf die Abgabe einer Stellungnahme reduziert, somit möglicherweise

- 3 -

das unabdingbare Klima von Zusammenarbeit zwischen Professor und Assistent gefährdet. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß in künstlerischen Fragen Zusammenarbeit völlig gegensätzlicher oder nicht mehr identer Zielsetzungen denkbar ist.

4. Mangelhafte Beachtung des Zusammenhanges zwischen den Aufgaben der Universitäten und künstlerischen Hochschulen einerseits und dem Dienstrecht andererseits.

Der Entwurf des Hochschullehrer-Dienstrechtes nimmt auf die verschiedenen Aufgaben der Inhaber unterschiedlicher Planstellen sowie die daraus resultierenden unterschiedlichen Qualifikationserfordernisse und Laufbahnen nicht Bedacht. Ferner fehlt im Entwurf eine hinreichende Berücksichtigung des heute so dringenden Austausches zwischen Kunst und Praxis, d.h. der Förderung des Einstieges aus der künstlerischen Praxis in die künstlerische Hochschule und des Übergangs von der künstlerischen Hochschule in die künstlerische Praxis. Außerdem fehlt die Möglichkeit zu einer von den Personen unabhängigen Personalstrukturplanung der einzelnen Hochschuleinrichtung, die gerade im Falle der künstlerischen Produktion unverzichtbar ist. Es muß möglich sein, bereits überholte Organisationsformen gegen neue Entwicklungen einzutauschen. Wie gerade die Hochschule für angewandte Kunst in der Vergangenheit durch zahlreiche Auffassungen von Meisterklassen und entsprechenden Neugründungen bzw. Neuformulierungen von Lehrzielen bewiesen hat, ist eine Flexibilität im Sinne der Aktualität von Kunst und ihrer organisatorischen Ausformungen jene Notwendigkeit, die den Ruf und damit die Erwartungshaltung gegenüber der Hochschule erst rechtfertigt.

5. Nichtberücksichtigung internationaler Gepflogenheiten.

Eine Nichtberücksichtigung internationaler Gepflogenheiten, die gerade auf dem Kunsthochschulsektor international in einer permanenten Reform aufgrund der Notwendigkeit der Aktualitäten besteht, muß ein zentrales Ziel auch für das Hochschullehrer-Dienstrecht darstellen.

- 4 -

6. Nichtberücksichtigung der Vorschläge der Österreichischen Rektorenkonferenz für eine Neugestaltung des Hochschullehrer-Dienstrechtes.

Es ist befremdlich, daß gerade in den Verhandlungen um die Dienstrechtsreform jene universitären und hochschulischen Gremien nicht eingeschaltet waren, die an Ort und Stelle die Problemstellungen am deutlichsten erfahren und - wie auch durch eine Reihe von Stellungnahmen der Hochschule für angewandte Kunst in Wien bewiesen wurde - durchaus konstruktiv um eine adäquate Anpassung der Hochschule an die Entwicklung unserer Gesellschaft bemüht sind. Eine Äußerung zum Thema Dienstrecht, die einstimmig - also auch mit den Stimmen der künstlerischen Hochschulen - vom Plenum der Österreichischen Rektorenkonferenz (18./19.3.1986 in Graz) beschlossen wurde, müßte zumindest Bestandteil der Diskussion sein, weil die dort formulierten Grundsätze an den Aufgaben der Hochschuleinrichtung hinsichtlich der Differenzierung, der Qualifikationssteigerung und der Planung orientiert waren. Gleichgültig ob nun der Entwurf der Österreichischen Rektorenkonferenz im ganzen akzeptiert würde oder nicht ist festzuhalten, daß das Einbringen dieses Entwurfes in die Diskussion jedenfalls notwendig gewesen wäre, weil damit die Argumentation jener Fachleute zumindest diskutiert würde, die voll von allen Gruppen gewählt für einige Zeit die Leitungsverantwortung der Universitäten und Hochschulen tragen.

II. BEMERKUNGEN ZU EINZELNEN PARAGRAPHEN DES ENTWURFES

1. Zum 6. Abschnitt des besonderen Teiles des Beamten-Dienstrechtsgesetzes.

In einem Hochschullehrer-Dienstrecht müssen alle Planstellenkategorien des wissenschaftlichen und künstlerischen Dienstes geregelt werden. Daher sind auch Regelungen einzubringen, die die Bundeslehrer an Universitäten und künstlerischen Hochschulen, die Beamten des höheren Dienstes in wissenschaftlicher Verwendung an Universitäten und künstlerischen Hochschulen und die, in einem vertraglichen Dienstverhältnis stehenden Hochschullehrer betreffen.

2. Zu § 160 (Freistellung von Dienstpflichten).

Die Bestimmungen betreffend Dienstfreistellung zu den in § 160 genannten Zwecken sind sehr zu begrüßen, freilich muß festgehalten werden, daß die Forderung nach einem gesetzlich eingeräumten Forschungssemester (besonders notwendig auch für Künstler) nach wie vor unerfüllt bleibt.

3. Zu § 163 (Emeritierung).

Die Herabsetzung des Emeritierungsalters auf das 68. Lebensjahr ist ein Fortschritt. Im Hinblick auf die Notwendigkeit einer lebendigen Hochschule allerdings sollten Anreize für eine Emeritierung mit dem 65. Lebensjahr vorgegeben werden.

4. Zum Unterabschnitt D (Assistenten).

Die Bestimmungen des Entwurfes betreffend Assistenten nehmen nicht hinreichend auf die unterschiedlichen Aufgaben der Universitäts- bzw. Hochschuleinrichtung, die damit in Zusammenhang stehenden unterschiedlichen Aufgaben der Inhaber verschiedener Planstellenkategorien sowie die daraus resultierenden unterschiedlichen Qualifikationserfordernisse und Laufbahnen bedacht. Sie erlauben vor allem keine von der Person unabhängige Personalstrukturplanung der einzelnen Einrichtung; eine solche Planung ist jedoch unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung der optimalen Aufgabenerfüllung.

5. Zu § 178, Abs. 1 (Einrechnung von Dienstzeiten).

In die Zeit des provisorischen Dienstverhältnisses werden unter den in § 178 Abs. 1 genannten Voraussetzungen nur Zeiten im zeitlich begrenzten Dienstverhältnis als Assistent eingerechnet. Diese Bestimmung hindert den dringenden Austausch zwischen Kunst und Praxis, d.h. die Förderung des Einstieges aus der Praxis in eine akademische Laufbahn. In die Zeit des provisorischen Dienstverhältnisses solltendaher auch Praxiszeiten einrechenbar sein. Analoges gilt für die Anrechnungsbestimmung der Anlage 1 Z . 21.2.

6. Zu § 178, Abs. 2 in Verbindung mit Anlage 1 Z.21.4. (Bescheidmäßige Feststellung der Qualifikation).

Die Blankoermächtigung des Entwurfes einen Feststellungsbescheid über die Qualifikation auszustellen wird zu einer

gesamtösterreichisch uneinheitlichen Praxis der Erhebung und Begründung der Qualifikationserfordernisse führen und damit den relativ einheitlichen Stand der Qualifikation gefährden. Die Autonomie der Universitäten und künstlerischen Hochschulen und das für eine optimale Aufgabenerfüllung unerläßliche Recht bei der Personalrekrutierung wesentlich mitzuentcheiden werden durch diese Bestimmungen in höchstem Maß gefährdet.

7. Zu § 186 (Sonstige Rechte der Assistenten).

Auch diese Bestimmungen berücksichtigen nicht den so dringenden Austausch zwischen Kunst und Praxis, bzw. werden keine Vorschläge betreffend den Übertritt in außeruniversitäre Berufe erstattet. Die verschiedenen Verwendungen als Assistent wären daraufhin zu überprüfen, wie weit sie nicht bereits jetzt den Anforderungen außerhochschulischer Berufe genügen. Soweit für solche Berufe bestimmte Praxiszeiten gefordert werden, sollen die Berufsvorschriften die Anrechenbarkeit vergleichbarer Tätigkeiten als Assistent vorsehen. Das gilt unter anderem für die freien Berufe sowie für bestimmte Tätigkeiten im öffentlichen Dienst (z.B. Lehramt, Restaurierung). Darüberhinaus soll dem Assistenten während seiner Bestelldauer Gelegenheit zum Erwerb von Qualifikationen geboten werden, die ihm den Übertritt in andere Berufe erleichtern. Er soll Gelegenheit erhalten, geforderte Praxiszeiten teilweise noch vor dem Ausscheiden aus dem Assistentendienstverhältnis zu erwerben und die Möglichkeit haben, sich auf Dienst- und Berufsprüfungen vorzubereiten sowie diese auch abzulegen.


8. Zu Artikel III (Überleitung der Assistenten).

Durch Übergangsregelungen soll der Erwartungshorizont nicht geschmälert werden. Es soll daher den im Amt befindlichen Assistenten die Wahlmöglichkeit zwischen der Anwendung der alten und der neuen Rechtslage eingeräumt oder die alte Rechtslage gesichert werden. Die vorgeschlagenen Überleitungsregelungen werden unter anderem auch deshalb abgelehnt, weil sie in einzelnen Universitäts- bzw. Hochschuleinrichtungen Mobilität und Fluktuation beseitigen und damit die Chancengleichheit der Generationen gefährden.



Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß die Hochschule für angewandte Kunst in Wien den Entwurf des BKA zum Hochschullehrer-Dienstrecht in der vorgelegten Form ablehnt, weil er die den Universitäten und künstlerischen Hochschulen übertragenen Aufgaben und die für eine optimale Aufgabenerfüllung erforderlichen Voraussetzungen über weite Strecken ignoriert.

Wien, am 1. Oktober 1986



o. Prof. Oswald Oberhuber  
Rektor der Hochschule für  
angewandte Kunst in Wien

Der vorliegende Entwurf wurde in den Punkten I 1.2.5. und II 1.2.3.5. und 7. einstimmig, in allen anderen Punkten mehrheitlich (zwei Gegenstimmen) beschlossen.